

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

21.12.1869 (No. 299)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. Dezember.

N. 299.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgeb. über die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† **Stuttgart, 20. Dez.** Heute fand die feierliche Beerdigung des Bischofs Hefele vor dem versammelten Ministerium und Geheimen Rath statt.

† **München, 19. Dez.** Wie verlautet, ist Ministerialrath Braun nach Hohenschwangau zum König berufen und wird demselben wahrscheinlich das Portefeuille des Ministers des Innern übertragen werden. — Der Landtag ist auf Montag den 3. Januar einberufen.

* **München, 20. Dez.** Das Ministerium ist definitiv komplettirt; Braun wurde zum Minister des Innern und der Justizminister Luß zugleich zum Kultusminister, nicht bloß interimistisch, ernannt.

† **Florenz, 19. Dez.** Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung das provisorische Budget mit 208 gegen 56 Stimmen genehmigt und vertagte sich hierauf bis zum 1. Februar.

* **Paris, 19. Dez.** Der „Constitutionnel“ sagt die Geschäftsordnungs-Kommission werde Wiederherstellung des Dreifaches beantragen. Dasselbe Blatt erwähnt auch ein Gerücht, das Militärkontingent werde von 100,000 Mann auf 80,000 Mann reduziert werden.

Deutschland.

Aus Thüringen, 14. Dez. (Fr. Z.) Die weimarische Regierung hat heute das Gesetz über Gründung einer Landeskreditkasse gleichzeitig mit der Ausführungsverordnung publiziren lassen. Es tritt diese Staatsanstalt mit dem nächsten 3. Januar in Wirksamkeit; sie gewährt für aufzunehmende Darlehen 4 1/2 Proz. und fordert für ihre Ausleihungen 4 1/2 Proz. Zinsen und 1/2 Proz. Tilgungsrate.

Altenburg, 15. Dez. Der Landtag hat nach zweitägiger Berathung das neue Wahlgesetz mit geringfügigen Abänderungen nach der Regierungsvorlage angenommen. Es wird dadurch die frühere, auf Klassenwahlen begründete Wahlgesetzgebung des Herzogthums, wie sie vor dem Bundesbeschlusse gestiftet wurde, wieder hergestellt.

Weiningen, 17. Dez. (Köln. Z.) Nachdem die kürzlich in Weimar stattgehabten Konferenzen von Vertretern der weimarischen, der sachsen-gothaischen und der meiningischen Regierung zum Zwecke einer Besprechung über die Herstellung gleichmäßiger Grundzüge im Ausbau der Handelsverfassung beendet, ist die hiesige Regierung entschlossen, um das Kirchengesetzwerk zu einem schleunigen Abschluß zu bringen, eine Vorstudie einzuberufen.

Rudolstadt, 15. Dez. Da der Landtag nach Ablehnung der Finanzvorlagen aufgelöst worden, so sind die Neuwahlen auf den 14. Jan. für die Wahl der Wahlmänner und auf den 21. Jan. für die der Abgeordneten ausgeschrieben worden.

Hamburg, 17. Dez. (W. Z.) Die Bürgerschaft hat Dr. Baumhüter mit 66 gegen 125 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Dr. Bachmann wurde zum ersten, Köhmann zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Sternberg, 17. Dez. In der Separatverhandlung der Ritterchaft wurde heute die Viehsteuer mit 60 gegen 18 Stimmen abgelehnt und die Erhöhung der Hufensteuer bis auf 22 Thaler beschlossen.

Berlin, 18. Dez. Heute hielten beide Häuser Sitzung. Das Herrenhaus berathete zuerst das Konsolidationsgesetz. Dasselbe veranlaßte eine längere Debatte, wurde jedoch schließlich mit allen Stimmen gegen sechs, unter welchen die des Grafen von Lippe, angenommen. Hierauf genehmigte es einige vom anderen Hause bereits angenommene Gesetze von geringerer Bedeutung. Das Abgeordnetenhaus erledigte den Rest des Budgets in der Schlussberathung durch Annahme der in der Vorberathung gefaßten Beschlüsse. Die Schlussberathung über das Etatsgesetz wurde sodann so lange ausgesetzt, bis über die Beschlüsse des Herrenhauses in Betreff des Konsolidationsgesetzes Bericht eingetroffen sei, und es wurden inzwischen über einige Mandatsberichtigungen und einige Petitionsberichte berathen. Dann folgte die Berathung des Nachtragsetats, die eine längere Diskussion veranlaßte, im Sinne der Kommissionsanträge (also Ablehnung der 150,000 Thlr. für den Militärstützpunkt) erledigt wird. Schließlich wurde dann, nach eingelaufener Anzeige von den Beschlüssen des Herrenhauses, das Etatsgesetz angenommen (gegen 7 Stimmen) und die Sitzungen bis zum 7. Januar vertagt.

* **Berlin, 18. Dez.** In der heutigen 33. Sitzung des Bundesraths präsidirte Staatsminister Delbrück in Vertretung des Bundeskanzlers. Es wurde über Anträge des Präsidiums, betr. a) die Verhandlung eines Jurisdiktionsvertrags mit Bayern; b) die Zulassung von Ausländern zum Gewerbebetrieb im Umherziehen, Beschluß gefaßt. — Die Vorlagen des Präsidiums, betr. a) den Entwurf eines Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit; b) die Gewährung einer Unterstützung zur Fortsetzung der Monumenta Germaniae historica, wurden den

betr. Ausschüssen überwiesen; c) die Ueberweisung des nach dem Beschluß des Bundesraths umgearbeiteten Entwurfs eines Gesetzes über den Unterstützungswohnort an den betr. Ausschluß wurde genehmigt. Sodann erfolgte die Wahl der Mitglieder des Bundes-Oberhandelsgerichts. Ausschlußberichte wurden erstattet über: 1) mehrere Petitionen, welche die Aufhebung der Inhaberpapiere; 2) über die Petition des Magistrats zu Tönning, wegen Aufhebung einer Hafengebühr; 3) über eine Petition betr. die Eintragung der Hypothekenforderungen; 4) die Präsidialvorlage, betr. die Deckungsmittel für die Bundes-Generalkasse für 1870. Hierauf erfolgte der Schluß der diesjährigen Session des Bundesraths.

Oesterreichische Monarchie.

* **Wien, 18. Dez.** Herrenhaus. Der Ministerpräsident erklärte bei Beantwortung der Interpellation betr. die Arbeiterverammlung, die Regierung habe die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen gehabt, wollte jedoch die Weiße des Tages (feierliche Eröffnung des Reichsraths) nicht durch das Herausbesprechen eines Konfliktes beeinträchtigen. Die Arbeiterpetition werde von Seiten der Regierung unbeantwortet bleiben.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachten die Polen die bekannte Resolution des galizischen Landtags ein. Das Abgeordnetenhaus bewilligte die Fortsetzung der Steuern und die Bestreitung des Staatsaufwandes bis Ende März.

Wien, 18. Dez. Im Unterhause legte heute der Finanzminister mehrere Gesetzentwürfe vor, betreffend einen nachträglichen Kredit pro 1869 für die Gelddrängung und die Durchführungsbestimmungen in Bezug auf die Umfinanzirung der Staatsschulden. Der erste dieser Gesetzentwürfe ermächtigt den Finanzminister, für einzelne zur Konvertirung bestimmte Schuldgattungen den letzten Zinstermin festzusetzen, nach dessen Ablauf alte Schuldtitelcoupons nicht mehr erloset werden. Die Festsetzung des Termins hat 6 Monate vorher zu geschehen. — Die „Oesterr. Correspondenz“ meldet: „Die Schlüsse eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn auf der Basis der Gleichstellung mit den meistbegünstigten Nationen.“

* **Wien, 19. Dez., Vorm.** Der neu ernannte preussische Gesandte am hiesigen Hofe, General v. Schweinitz, ist gestern Abend hier eingetroffen.

Wien, 19. Dez. An heutiger Börse herrscht günstige Stimmung in Folge des Gerichts, Giskra werde Ministerpräsident.

† **Wien, 19. Dez.** Ein französisches Sensationsblatt (der „Gaulois“) meldet, daß auf Veranlassung der Herzogin August von Sachsen-Koburg, bekanntlich einer Tochter Louis Philipp's, in ihrem Wiener Palais im Januar sämmtliche Mitglieder der Familie Orleans mit dem Grafen Chambord zusammentreffen würden. Ich glaube versichern zu dürfen, daß im herzogl. Palais von einer solchen Zusammenkunft nichts bekannt ist und daß am allerwenigsten die Herzogin von Koburg dazu die Initiative ergriffen hat.

Prag, 18. Dez. Heute wurde eine Broschüre, „Nach den Wahlen“ betitelt, deren Verfasser Ritter v. Oppenheimer ist, ausgegeben. Dasselbe befürwortet warm die Aufrechthaltung des jetzigen Ministeriums und schließt jede antikonstitutionelle Ausgleichsverhandlung aus. Sie wird als das Programm des Reichskanzlers angesehen. — Die böhmischen Bischöfe beschloßen, eine Gehaltsverhöhung für den niederen Klerus zu erwirken.

Cattaro, 18. Dez. Kleine Injurgententruppen versuchten wiederholt Aufzüge an die Küste, um sich zu verproviantiren, wurden aber von detachirten Abtheilungen und den treugebliebenen Bewohnern zurückgewiesen. Major Kobolitz ist aus Wien zurückgekehrt. Gleichzeitig sind in Cattaro eingetroffen: die Grafen Lichnowsky und Khevenhüller mit Gaben des Malteser-Ordens; Stabsarzt Baron Wundt zur Berichterstattung über das Sanitätswesen und der englische Militär-Attaché Conolly. Ein Ergänzungstransport mit 1000 Mann, die eisernen Mochhäuser und große Proviantvorräthe sind eingelangt. General Auersperg hat eine Deputation aus der Crivovacie zu empfangen zugefagt, um ihre etwaigen Unterwerfungsanträge entgegenzunehmen.

Italien.

Florenz, 18. Dez. Der Kronprinz von Preußen wurde gestern Abend hier selbst vom König empfangen und setzte heute seine Reise nach Deutschland fort. — Der Finanzminister Sella wird eine Modifikation der Wahlsteuer vorschlagen.

* **Florenz, 18. Dez.** Abgeordnete Kammer. Es wird der Kammer ein von 73 Abgeordneten unterzeichneteter Vorschlag vorgelegt, welcher darauf anträgt, die jetzige Geschäftsordnung der Kammer zu modifiziren und besonders die ehemaligen Bureaus wieder zu errichten. Doba legt den

Bericht über den Gesetzentwurf, das provisorische Budget betr., vor, der morgen diskutirt werden wird. Die Kammer diskutirt eine von einer großen Anzahl von Landwirthen eingebrachte Petition, welche darauf anträgt, daß die Steuer auf die Weinausfuhr aufgehoben werde. Sella: die Finanzlage erlaube nicht, irgend welche Steuer aufzuheben.

* **Rom, 20. Dez.** Vom Konzil berichtet der Korrespondent des „Morning Herald“, der Papst habe in einer Audienz, die er den italienischen Bischöfen erteilt, erklärt, er habe die Unfehlbarkeitsfrage nicht an's Tapet gebracht, und so viel er selbst in Betracht komme, hätte man die Frage immerhin wie bisher schlummern lassen mögen. Selbst unter den jetzigen Verhältnissen würde es ihm leid thun, wenn die Sache überhaupt angeregt werde, falls nur irgend die Möglichkeit vorliege, daß sie zu Zwistigkeiten Veranlassung gäbe. In einem Punkte aber erwarte er, und zwar mit vollem Rechte, daß die Kirchengesamtheit sich auf seine Seite stellen werde, nämlich in Bezug auf die in dem Syllabus ausgesprochenen Grundsätze. Den irischen Bischöfen hat der Papst nach Angabe des Berichterstatters ebenfalls seine Meinung in diesen Punkten bei einer Audienz in corpore ausgedrückt.

Der Korrespondent der „Times“ theilt mit, daß in der Sitzung vom 10. bei der Wahl von zwei richterlichen Kollegen es sich als ganz unmöglich ausgewiesen habe, zu einem Resultat zu kommen. Bei dieser Gelegenheit habe der Erzbischof von Paris einen kräftigen Protest gegen die Geschäftsordnung erhoben und man habe mit gerabezu verächtlicher Geschwindigkeit einen andern Plan in Bereitschaft gehabt und vorgeeschlagen. Nach demselben sollen die 4 Sektionen je 24 Mitglieder enthalten, die nach Nationen zusammengesetzt würden. Dabei würde dann Italien 3, Frankreich, Spanien, Nord- und Südamerika je 2, Oesterreich, Ungarn, Böhmen, Bayern, Preußen, Polen, die Schweiz, Belgien, England, Irland, Indien, Asten und Australien je einen stellen. Man ist neugierig zu sehen, wie die Bischöfe der verschiedenen Nationen ihre Vertreter wählen werden.

Kongregation ist verschoben worden in Folge der hinreichend konstatarnten Nothwendigkeit, den Konzilsaal von St. Peter aus lausitischen Rücksichten zu verlassen. Nur die Sektionen werden künftig in diesem Saale gehalten werden. Man würde die Kongregationen gern im oberen Atrium der Basilika halten, aber die Einrichtung dieses Lokals würde Verzögerungen und nothwendigerweise bedeutende Ausgaben nach sich ziehen. Die Versammlung hat noch 72 Mitglieder in die drei letzten Kommissionen für die Disziplin, für die kirchlichen Orden und für die orientalischen Angelegenheiten zu wählen. — Mehrere Bischöfe, unter Andern der Kardinal Mathieu, haben von den Judices excommunicationis Urlaub verlangt und erhalten, indem sie angaben, daß sie in ihren Sprengeln Ordinationen vorzunehmen hätten. Nach einer andern Lesart hätte Kardinal Mathieu das Konzil verlassen aus Verdruss über die Art und Weise, wie hier die Wahlen vorgenommen werden.)

* **Rom, 18. Dez.** Der Kardinal Francisco Pentini ist gestorben. Man versichert, der Papst werde während der Dauer des Konzils keinen neuen Kardinal ernennen.

Rom, 19. Dez. Der Papst hat heute im Vatikan 600 Franzosen empfangen. Er unterhielt sich mit den meisten, dann stieg er auf den Thron und hielt eine Ansprache auf Französisch. Er entwickelte darin die Bedeutung des Weihnachtsfestes, das eine Lehre der Demuth sei. Die Ueberhebung sei der schlimmste Feind und der Ursprung der Revolutionen. Am Schluß segnete er die Versammlung mit päpstlicher Stimme, worauf lang anhaltender Beifall folgte.

Frankreich.

Paris, 18. Dez. (Köln. Ztg.) Der Kaiser ist von seinem Unwohlsein wieder hergestellt. Gestern um 4 Uhr machte er auf der reservirten Terrasse des Tuileriegartens (die liegt nach der Seine hin) einen Spaziergang. Er sah jedoch nicht sehr gut aus, und das Gehen (er stützte sich auf einen seiner Adjutanten) fiel ihm sichtlich ziemlich schwer. — Die Angehuld der Pariser läßt sich keinerlei Zügel anlegen und so schwirren die Ministerlisten scharenweise durch die Luft. Hat man jedoch Gelegenheit, die in Szene gesetzten politischen Persönlichkeiten von Angesicht zu Angesicht zu sehen, so erfährt man alsbald, daß alle in Umlauf befindlichen Kombinationen entweder der gegenwärtigen Sachlage auf einem Beine nachhinken, oder ihr im Schnellläufertritt vorausseilen. Das Wahre scheint mithin zu sein, daß bis zur Stunde noch kein Zukunftskabinet selbst embryonisch nicht — besteht, und daß es verlorene Mühe wäre, sich mit den Portefeuillevertheilungen zu beschäftigen, die jeder politische Kreis nach seinen Neigungen vornimmt, um, was er hofft und wünscht, als vollendete Thatsache hinzustellen. Was man weiß, das ist, daß der Kaiser sein neues Ministerium aus den beiden Fraktionen des Zentrums wird nehmen müssen. Da nun Hr. Forcade de la Roquette, der sich Anfangs Januar nach dem Departement Lot et Garonne begibt, um sich um das dort vakant gewordene Abgeordnetenmandat zu bewerben, jetzt erklärt hat, er werde nicht abwarten, bis ihn ein parlamentarisches

Mißtrauensvotum aus dem Amte treibe, sondern freiwillig seine Entlassung nehmen, sobald erst die Liquidation der Wahlprüfungen zu Ende geführt sein werde, so wäre es nach diesen Erklärungen das Vernünftigste, wenn der Kaiser, um alle Rangstreitigkeiten zu vermeiden, einfach Hrn. v. Talhouet mit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts betraute. Man weiß, daß der Marquis bei der Wahl der Vizepräsidenten die ungeheure Zahl von 242 Stimmen auf sich vereinte, mithin als derjenige Abgeordnete angesehen werden muß, der über die größte Majorität zu verfügen hat. Dies um so mehr, als der Rücktritt Forcade's erfolgt, ohne daß ein vorübergehender parlamentarischer Kampf andere Führer direkt in den Vordergrund stellen kann. Da nun nach Beendigung der Wahlprüfungen die außerordentliche Session geschlossen und die Kammer bis zum 4. Jan. vertagt werden soll, um dann in die ordentliche Session einzutreten, so muß natürlich die Neubildung des Kabinetts in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr vor sich gehen. Die Eifersüchteleien zwischen Daru, Dillivier und Buffet, wovon letzterer besonders ein schwer umgänglicher Charakter ist, wären auf diese Art beseitigt, weil sich alle seine Kollegen gern vor dem „Prestige“ der 242 Stimmen beugen würden, die Talhouet erhalten.

Paris, 19. Dez. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wurden die Wahlprüfungen fortgesetzt. Zuförderst wird die Wahl des Hrn. Charles Le Roux im dritten Wahlbezirk des Departements Deux-Sèvres bestätigt. Ebenso die Wahl des Herzogs v. Rivoli im 2. Wahlbezirk des Departements des Alpes-Maritimes. Nächsten Montag werden die Wahlen der Hrn. Delteil im Lot-Departement und Eduard André im Garde-Departement vorgenommen werden.

Das „Journ. officiel“ läßt sich aus St. Petersburg melden, daß der neue französische Gesandte dafelbst und seine Gemahlin der Gegenstand der wohlwollendsten Aufmerksamkeit Seitens der Kaiserl. Familie sind.

Der Fürst v. Metternich wurde gestern vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen und überreichte demselben ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers von Oesterreich.

Spanien.

Madrid, 18. Dez. In der heutigen Sitzung der Cortes erklärte der Ministerpräsident Marschall Prim, die Frage der Thronkandidatur befände sich noch in demselben Stadium, wie in der letzten Session, und der Herzog von Genoa werde kommen, aber auch wenn er nicht kommen würde, so läge sich die Regierung dadurch noch nicht veranlaßt, zur Republik überzugehen.

Madrid, 18. Dez. Sagasta, welcher auf eine Interpellation antwortet, erklärt, daß die Ayuntamiento, welche aufgelöst worden sind, weil sie in direkter oder indirekter Weise an der föderalen Erhebung Theil genommen haben, nicht wieder errichtet werden. Ruiz (Republikaner) legt eine Petition vor, die von 1500 Bürgern unterzeichnet ist. Sagasta bemerkt, daß 1200 Individuen die Vertheilung der Güter in Tortosa vorgenommen haben und daß die Regierung zweimal genöthigt gewesen ist, sie durch Waffengewalt zu zerschlagen.

Niederlande.

Haag, 17. Dez. Gestern ist bei der zweiten Kammer durch königl. Botschaft der Antrag auf Genehmigung der Heirath zwischen der Prinzessin Wilhelmine Friederike Anna Elisabeth Maria der Niederlande, Tochter des Prinzen Friedrich, und dem Fürsten Wilhelm Adolf Maximilian Karl von Wied eingebracht worden. Die Genehmigung der Kammer ist nach Art. 20 der Verfassung notwendig, weil eine Heirath einer Prinzessin des königl. Hauses ohne dieselbe den Verlust des Anrechtes an die Krone nach sich zieht.

Rußland und Polen.

Berlin, 18. Dez. Die in Posen erscheinende „Ostdeutsche Ztg.“ meldet, daß in Folge der milden Witterung die Cholera in Kiew, Drel und St. Petersburg ausgebrochen. Die Behörden trafen umfassende Vorsichtsmaßregeln. Die Eisenbahnverbindung zwischen St. Petersburg und Moskau ist noch nicht hergestellt; es wird noch Monate dauern, ehe der Güterverkehr beginnt.

Ägypten.

Alexandria, 17. Dez. Die internationale Kommission ist auf den Vorschlag Ägyptens übereingekommen, die Kapitulationen einzeln zu prüfen. — Die englische und die französische Regierung haben Hrn. v. Lesseps zur Suezkanal-Eröffnung beglückwünscht.

Amerika.

Washington, 18. Dez. Der Senat hat eine Bill angenommen, welche dahin geht, von neuem die ehemalige Leislatur von Georgia mit den Regier-Mitgliedern, die dazu gehören, einzuberufen. Die Bill sagt, daß die Annahme des Amendements der Verfassung bezüglich des Stimmrechts der Schwarzen die vorübergehende Bedingung des Eintritts der Repräsentanten von Georgia in den Kongreß ist. — Die Nachrichten vom Territorium von Winnypeg melden, daß der Gouverneur Mac Dangel Streitkräfte organisiert, um die indianische Empörung zu unterdrücken. Man ist einer nahe bevorstehenden Kollision gewärtig.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 20. Dez. 37. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Am Ministertisch: Staatsminister Dr. Jolly, Kriegsminister Generalleutnant v. Beyer, Kriegsraath Obermüller.

Nach Eröffnung der Sitzung machte der Präsident die Anzeige, daß der Gesetzentwurf über den Betrieb der Wirthschaften von der Ersten Kammer herüber gekommen sei; hier-

auf zeigte Sekretär Morstadt das Einkommen verschiedener Petitionen, das Stiftungsgesetz, die Errichtung einer Wutachtal-Bahn, die Genehmigung zur Erhaltung einer Eisenbahn nach Germersheim an.

Der vom Abg. Müller erstattete Bericht über das Budget des Ministeriums des Innern, Tit. 1 bis 8, ward zum Druck genehmigt, und auf Anregen des Abg. Hedting die Verfertigung der Kommission zum Bericht über den Gesetzentwurf, die Kinderarbeit in den Fabriken betreffend, um zwei Mitglieder beschloffen. Abg. Lindau legt ferner eine Petition des Dr. Fischer von Heidelberg um Wiederherstellung seiner Dienststelle, Kriegsminister v. Beyer legt den Entwurf eines Militär-Strafgesetzbuchs und einer Militär-Gerichtsordnung nebst Einführungsgesetz vor.

Hierauf ward zum Gegenstand der Tagesordnung, zur Beratung der Berichte des Abg. Lamey a) über das Budget des Großk. Kriegsministeriums für die Jahre 1870 und 71, b) über den Entwurf, die Verlängerung der Gültigkeit des Kontingentsgesetzes auf zwei Jahre (bis 31. Dez. 1871) betr., übergegangen.

In der über beide Entwürfe eröffneten Generaldiskussion ergreift Kriegsminister v. Beyer das Wort. Der gründliche und klare Bericht der Kommission überhebt mich eigentlich der Pflicht, weitläufiger die Vorlage zu begründen. Ich will hauptsächlich der Kommission und dem Berichterstatter meinen Dank aussprechen und die Uebereinstimmung der Regierung mit den Kommissionsanträgen beurlunden.

Inbesondere aber will ich die durch dieses Budget herbeigeführte Einrichtung der Präsenzzeit näher begründen. Nicht militärische Gründe, sondern bloß gewichtige andere haben mich dazu bewogen, dieselbe für annehmbar zu erklären. Nach meiner militärischen Ueberzeugung müßte ich mich gegen jede Verkürzung der Präsenzzeit aussprechen; ich will das Haus nicht mit der Auseinandersetzung aller der hiefür sprechenden Gründe in Anspruch nehmen. Die wichtigsten sind folgende: Einmal die heutigen Ansprüche an die Ausbildung eines Infanteriesoldaten, welcher ja die Hauptentscheidung im Kriege hat. Nur wer mit der vollen Gewissenhaftigkeit in der Friedenszeit sich ausgebildet hat, wird die erforderlichen Dienste im Kriege leisten können; und für den Fall des Kriegs sieht ja unsere ganze Einrichtung vor. Es wird ja jetzt fast von jedem Mann, und insbesondere von der kleinsten Truppe verlangt, daß sie in jeder gefahrvollen Lage ein selbständiges Urtheil über das Sachgemäße habe, und durch Wahl des Nützlichsten zur Gesamtentscheidung beitrage. Und dieses Urtheil auszubilden, ist aber längere Zeit der Uebung notwendig. Vor Allem aber verlangt unser Gewehr eine längere Ausbildung; nur in der Hand eines bis zur Künstlerschaft ausgebildeten Schützen, der sich der Vorzüge seines Gewehrs bewußt ist und nie ohne Nutzen sich das kostbare Gut einer Kugel entgehen läßt, wird dasselbe wahrhafte Dienste leisten können. Denn der Unvorsichtige, welcher seine Munition verjüwundet, kommt gerade durch das vortreffliche rasche Bildung im Schießen läßt sich aber nach der Erfahrung im Durchschritt nur durch dreijährige Prüfung erreichen. Unter den 3 verschiedenen Schießklassen wird in der durch dieses Budget ermöglichten Präsenzzeit, da bei unserm Volk Intelligenz und leichte Auffassung verbreitet ist, wenigstens die Hälfte der Leute die zweite Klasse erreichen; deßhalb auch allein kann ich die Verantwortlichkeit der Abführung der Dienstzeit übernehmen. Ein weiterer Grund für das bisherige System der längeren Präsenzzeit liegt darin, daß erst seit zwei Jahren diese Organisation hier durchgeführt ist; für den Fall der Mobilmachung, auf den man doch immer rechnen muß, ist es notwendig, vollkommen geschulte Soldaten als Kern der Truppe zu besitzen; und solche Momente werden dann für uns doppelt und dreifach gefährlich, wenn noch keine langjährige Uebung im Heere die Einzelnen alle im erprobten Systeme verbindet. Ferner wird bei der kürzern Präsenzzeit der Ersatz der Unteroffiziere schwierig werden. Auf diese Weise werden die geübten und für Bildung der jüngeren sehr nützlichen Leute viel früher, als im Interesse des Heeres liegt, entlassen. Es wird zwar auch auf andere Weise, worüber später Vorlage gegeben soll, versucht werden, diesem Uebelstand entgegenzutreten; nämlich durch Errichtung einer Unteroffizierschule in Ettlingen.

Ferner sind die Sommerurlaubungen, welche im Interesse des Landes gefordert werden, um so höher für die Ausbildung der Leute, je kürzer die Dienstzeit derselben ist.

Sodann dürfen wir schon mit Rücksicht auf den Freizügigkeitsvertrag mit Preußen nicht unsere Präsenzzeit viel kürzer machen als in Norddeutschland, indem sonst eine Anzahl Norddeutsche sich gegen den Willen des Gesetzes durch Dienen in Baden dies zu Nutzen machen würden.

Sodann ist es zweckmäßig, daß man dahin werte, daß gerade im Frühjahr die Ausbildung der Leute schon vorgeschritten ist, weil das erfahrungsgemäß die meisten Kriege entstehen. Wenn aber, bei verminderter Dienstzeit, gerade um diese Zeit die Rekruten einberufen werden, wird die Kriegstüchtigkeit geschädigt. Endlich ist es eine Ueberanstrengung der Lehrenden und der Lernenden, wenn den Letzteren in der kurzen Zeit dieselbe Fertigkeit, die nun einmal nöthig ist, aber eigentlich längere Zeit der Uebung erfordert, beigebracht werden soll.

Aber dennoch haben mich sehr gewichtige Gründe zur Annahme des Vorschlags der Kommission bewogen, Gründe, die außerhalb der militärischen Sphäre, sondern die besonders in dem dem Lande durch die neue Wehrverfassung auferlegten Lasten liegen.

Die Kriegsverwaltung hat also bei dieser Frage nach thunlichster Verminderung dieser Lasten die Grenze aufgesucht, wo noch die Möglichkeit besteht, den Rekruten im ersten Dienstjahr so weit zu führen, daß er bis zum Abschluß seiner Rekrutenausbildung gelangt. Es war dies ein Rechenexempel. Danach ergaben sich 30 Wochen zu dieser ersten Ausbildung, 8 Wochen zum Rekrutenexerzieren, welche thatsächlich bloß 6 Wochen sind, da immer 14 Tage vergehen, bis die unbrauchbaren Leute ausgeschieden sind, dann für die ersten taktischen Ausbildungen in der Kompagnie 6 Wochen, im Bataillon 6 Wochen,

ferner 6 Wochen für die Sommerurlaubungen und endlich 6 Wochen für Regiments- und Brigade-Exerzieren und Feldmanöver. Hierauf basiert der mit der Kommission vereinbarte Vorschlag. Als ich mir die Eventualität, noch weiter die Präsenzzeit herabzusetzen, in ihren Konsequenzen vor Augen rief, so kam ich zu dem Resultat: es könne dies nur durch umfassende Winterurlaubungen geschehen, so daß außer den zu entlassenden Reservisten noch eine eben so große Zahl gebienter Soldaten entlassen und alsbald die Rekruten einberufen werden müßten. Das Resultat würde sein, daß im Winter nur 20 altgediente Leute in der Kompagnie wären, wodurch der aller-einfachste Dienstbetrieb unmöglich würde. Es wäre das Fazit einer solchen Dienstzeit folgendes: 20 Mann mit zweijähriger Dienstzeit, 20 Mann mit 18 Monaten und 5 Mann mit 16monatlicher, ein Verhältnis, welches militärisch ganz unstatthaft ist.

Ich bitte daher das Haus, den annehmbaren Vorschlägen der Kommission möglichst zahlreich die Zustimmung zu geben, damit durch das Vertrauen, welches solche Zustimmung sowohl dem Land als insbesondere dem Heere gibt, die Vollendung der bisher schon gewonnenen erfreulichen Resultate erleichtert wird.

Abg. Eschbacher: Er sei von dem innigsten Wunsche befeelt, daß diese Frage den Volkswünschen gemäß gelöst werde. Da wir uns aber allgemein nach dem Frieden sehnen und auch keine Aussicht auf Krieg vorhanden sei, müsse jetzt im Interesse des Volkes der bisherige Zustand der Belästigung aufhören. Die Heeresmassen gehen unsere Volksträfte auf, so daß diese zur Zeit der Gefahr erschöpft seien. Durch das bisherige Militärsystem werde dem Lande Arbeitskraft entzogen und die Auswanderung befördert. Auch werde durch dieselbe hauptsächlich der Haß gegen Preußen genährt. Er wünsche daher besonders, daß die Präsenzzeit auf 2 Jahre vermindert werde, und stelle den Antrag, daß man die 20 Mann der Kompagnie, welche in das 3. Dienstjahr eintreten, alsbald nach Einberufung der Rekruten (vor dem 1. März) den Sommer über nach Hause entlasse, so daß sie für das 3. Jahr eine große Sommerurlaubung haben, und sie nur zu dem im Spätjahr stattfindenden größern Uebung; wieder beziehe. Es würden dieser Verminderung keine Gründe der sonst nicht ermöglichten Ausbildung entgegen. Inbesondere könne man dieser vorarbeiten, indem man die Jugend schon frühe durch Turn- und Schießübungen dazu vorbereite.

Abg. Kasper macht den Vorschlag, beide Vorlagen seien an die Budgetkommission wieder zurückzuweisen, um das Budget auf der Grundlage einer Friedensstärke von 10,500 Mann und einer Maximalpräsenzzeit von 2 Jahren von neuem aufzustellen. Ueberdem möge die Kammer an die Regierung die Bitte richten, mit aller Macht auf militärische Abrüstung bei andern Regierungen hinzuwirken. Aus volkswirtschaftlichen Gründen empfehle sich dieser Antrag, und es spreche auch dafür, daß in Württemberg dasselbe möglich gewesen sei.

Abg. Baumstark: Er habe keine Lust mehr, Reden zu schon über diese Frage im Stufen Verschlus gefaßt habe. Der Kriegsminister habe heute als Ziel vorgeschlagt, das große 6. Armeekorps auf das gleiche Niveau mit der Ausbildung des preussischen zu setzen; er sei überzeugt, daß wenn man diesen Zweck wolle, nicht sehr wesentlich unter das Geforderte werde herabzugehen sein, höchstens bis zu dem im Antrag des Abg. Eschbacher enthaltene Modifikationen. Als Abgeordneter des bairischen Volkes müsse er aber den zu erreichenden Zweck verwerfen, denn die bairische Bevölkerung könne die ihr dadurch auferlegten Opfer an Geld und Menschen ohne Schädigung des nationalen Wohlstandes nicht ertragen. Er unterstütze daher den Antrag des Abg. Kasper.

Abg. Mühlhäuser ist mit den Anträgen der Kommission einverstanden. Vor zwei Jahren hat sich die Sache etwas anders für mich gestellt; damals wünschte ich eine Uebergangsperiode zur Erleichterung der Volkslasten. Heute dagegen stehen wir vor einer vollendeten Thatfache, wir haben eine nach dem Vorbild des Norddeutschen Bundes eingerichtete Heereseinrichtung, und ich kann es dem Land gegenüber nicht verantworten, daran etwas umzuändern. Für die großen hier geforderten Summen wird etwas Nützliches geleistet, es durchdringt ein kräftiger ruhiger Geist des Schaffens unser Armeekorps, dem alle Anerkennung zu zollen ist. Auch vom politischen Gesichtspunkt ist es werthvoll für uns, daß wir vor Deutschland sagen können: Wir thun durch militärische Ausbildung unsere Schuldigkeit für Deutschland. Und dies ist der sicherste Weg zur Erreichung des nationalen Ziels und zur Erleichterung der Last. Die nächsten Jahre sind ja für unsere nationale Zukunft die entscheidenden, für sie spannen wir darum mit Recht unsere Kräfte jetzt höher an. Endlich kommt noch in Betracht, daß Niemand von uns im Stande ist, einen im Einzelnen richtigen Gegenplan aufzustellen, nach welchem wir mit geringerem Aufwand dasselbe Ziel zu erreichen uns vermessen können. Wenn auch Abg. Eschbacher etwas Ähnliches aufstellt, so müssen wir doch Alle zugeben, daß wir ein großes Vertrauen in die jetzige Leitung unseres Heerwesens haben, und glauben, daß der von ihr eingeschlagene Weg am sichersten und wohlfeilsten zum Ziel führen wird.

Abg. Kirsner: Wir sind in der Kommission von dem vom Abg. Eschbacher vorgetragenen Anschauungen ausgegangen; aber wir kamen dabei zu dem Resultat, daß wir jetzt noch nicht die eingeführte Organisation wieder umstürzen können, sondern innerhalb dieser die Lasten aufs thunlichste zu vermindern suchen müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß durch die Vorschläge der Kommission die Ersparnisse an Geld nicht sehr bedeutend sein werden, dagegen sind die dadurch ermöglichten Ersparnisse an persönlichen Opfern auch nicht gering anzuschlagen. Jeder weiß jetzt, daß er nicht länger als 2 1/2 Jahre, ja daß die Mehrzahl nur 2 oder sogar eine Anzahl bloß 1 1/2 Jahre zu dienen hat. Wir müssen das Vertrauen haben, daß der Hr. Kriegsminister die nöthige Auswahl treffe, um eine gewisse Gleichheit in dieser Ungleichheit der verschiedenen Dienstzeit herbeizuführen. Eine ähnliche Ungleichheit besteht übrigens auch sonst im Wehrgesetz, indem

eine Anzahl als untauglich oder durchs Loos frei gewordene gar nicht wehrpflichtig, indem die einjährigen Freiwilligen nur 1 Jahr dienen müssen, indem für die Artillerie dreijährige Dienstzeit erforderlich ist. Es ward uns dabei die Zusicherung gegeben, daß bei dieser einmal notwendigen Ungleichheit neben der Entscheidung durchs Loos auch Rücksicht auf häusliche Verhältnisse genommen werde; auch wird ein Theil, um Unteroffizier zu werden, freiwillig die längere Zeit bleiben. — Der Umstand, daß man in Bayern und Württemberg noch nicht so weit in der Durchführung der Wehrpflicht gegangen ist, ist eben ein Fehler von Seiten dieser Staaten, und ein Hinderniß der nationalen Einigung, kein Beispiel für uns; dafür ist unsere Armee auch weit besser ausgebildet als die bayerische und württembergische, obwohl dort auf den Kopf nicht viel weniger Kosten für das Heer entfallen, als bei uns. Wenn Frankreich abrüstet, so werde es Zeit sein können, an die Abrüstung bei uns zu denken, aber bis jetzt sei von dieser Seite noch kein Entgegenkommen zu erwarten.

Kriegsminister v. Beyer erwähnt, daß gegenwärtig die Verhältnißzahl der auf den Kopf entfallenden Kosten für Militär in Bayern 3 fl. 20 kr., in Württemberg 2 fl. 58 kr. und bei uns nach dem jetzt ermäßigten Budget auch nur 3 fl. 20 kr. sei.

Abg. v. Feder unterstützt die oppositionellen Anträge, obwohl diese jedenfalls nicht durchdringenden Stimmen in diesem Hause seien. Von seinem nüchternen Standpunkt aus halte er den hohen Militärstand für ein Zeichen eines krankhaften Zustandes Europa's. Er unterstütze insbesondere von diesem Standpunkt aus den zweiten Theil des Antrags des Abg. Kayser. Es gebe 7 gute frieliche Staaten und 7 schlechtgefinnte in Europa; in den ersteren sei Freiheit und guter ökonomischer Zustand, in den andern das Gegentheil. Die deutschen Staaten gehören zu einer dritten Gruppe, welche die Waage halten, ob sie sich der einen oder der andern Gruppe anschließen wollten. Pflicht der Volksvertretung sei es, die Entscheidung für den Frieden zu geben. Man könne nicht immer den doch nicht eintretenden Krieg oder Eintritt in den Norddeutschen Bund als Ursache des hohen Militärstandes wieder auführen; denn beide Ereignisse seien ja seit mehreren Jahren immer nicht eingetreten. Es lägen keine besondern Gründe vor, dem Kriegsbudget zuzustimmen, insbesondere kein Bundesgesetz, wie früher, welches diesen Militärstand verlange. Vielmehr verlangt die volkswirtschaftliche Lage die Abänderung der Last ganz dringend.

Staatsminister Dr. Jolly: Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlung habe er die Hoffnung, daß die große Mehrheit des Hauses in dieser Frage mit der Regierung einverstanden sei. Die Gegner selbst haben ja den eigentlichen Grund, aus welchem sie sich gegen die Vorlage auflehnten, nicht hervor: nämlich daß derselbe der nationalen Politik der Regierung diene. Die Gründe des nationalen Programms seien hier nicht zu rekapitulieren; es handelt sich in kurzem darum, ob wir dieser bisher gemeinsam befolgten Politik weiterhin wirksame Unterstützung leisten wollen; denn Nichts ist die nationale Einigung herbeizuführen; wer diese will, muß auch die Konsequenzen, diese Heeresorganisation und ihre Lasten wollen. Ich bin versichert, daß auch der Abg. Baumstark viel zu sehr von unbedingter Hingebung für seine Sache erfüllt, als daß er nicht, wenn es gelte, sein Ziel, falls es von der Regierung verfolgt würde, zu erreichen, sagen würde: Mir ist kein Opfer zu groß und ich stimme für diese Vorlage. Wenn andere Gegner der Vorlage es für zeitgemäß hielten, die Reduktion zu beginnen, weil die unmittelbaren Ziele, warum die Last übernommen wird, nicht mehr vor Augen liegen, so spreche dies gerade gegen sie; denn gerade mit dem Zurückweisen der Last werde man die Erreichung des nationalen Ziels in die Ferne schieben und einem Krieg weniger stark entgegengetreten. Abg. v. Feder hat als Sprachorgan der europäischen Demagogie gesprochen; nach diesen Grundfäden aber bleibt gar nichts von der Vorlage. Von seinem nüchternen Standpunkt hat er doch die nackten Thatfachen um sich herum etwas übersehen; denn gerade in England, Belgien und den Niederlanden, die dieser Rechner für sich angeführt hat, wurde in letzter Zeit die Militärlast ungemein erhöht. Das alte Staatensystem ist erschüttert, das neue hat sich noch nicht gebildet. Hoffentlich wird diese Neubildung ohne Krieg zu Stande kommen. Aber immerhin müssen wir in diesem Zeitraum der europäischen Unsicherheit zeigen, daß wir bereit sind, Alles an Alles zu setzen und Alles thun, um unser nationales Ziel, gerüstet gegen alle drohenden Feinde, durchzuführen. Es werden wohl alle Mitglieder des Hauses überzeugt sein, daß ich mich mit der strengsten Durchführung dieses Zieles identifiziere; allein dasselbe ist bei dieser Vorlage für mich nicht allein maßgebend, sondern auch die innere Interessen unseres Vaterlandes verlangen die Annahme desselben. Wir würden durch Aufhebung der mühsam eben geschaffenen Organisation den festen Geist, den Zusammenhalt in unserm Armeekorps selbst zerstören, das Vertrauen der Armee in Beständigkeit dieses fest organisierten Körpers vernichten. Die Kriegsverwaltung ist in ihren Zuständen bis an die äußerste Grenze des ihr Möglichen gegangen. Das mit Mühe Geschaffene einer Grille wegen auf's Spiel zu setzen, hieße unser Volk selbst schwer schädigen.

Wir müssen daher die populären Wünsche über sich selbst aufklären und erheben; dieselben wünschen einen nationalen Staat, das Mittel denselben zu erhalten, ist die Aufrechterhaltung der jetzigen Heeresorganisation. Wenn dies unser Volk darüber aufgeklärt, einsehend, wird es, wenn auch nicht mit Freudigkeit, so doch mit Anerkennung des Nothwendigen die Lasten tragen. (Schluß folgt.)

Das Budget des Kriegsministeriums ward mit sehr großer Mehrheit, ebenso bei namentlicher Abstimmung die Verlängerung des Kontingentsgesetzes bis 31. Dez. 1871 mit allen gegen 5 Stimmen (Lindau, Bissing, Köpfer, Lender, Kayser) angenommen; v. Feder und Baumstark waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

† Karlsruhe, 20. Dez. 15. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 21. Dez., Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, die Verlängerung der Gültigkeit des Kontingentsgesetzes betreffend; Berichterstatter: Frhr. v. Gayling.

† Karlsruhe, 20. Dez. 38. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 21. Dez., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Heilig über das Budget des Groß- Ministeriums des Innern für die Jahre 1870 und 1871, Tit. II, III und IV der Einnahmen und Lasten und Tit. XII, XIII, XIV, XV und XVI des eigentlichen Staatsaufwandes betreffend; die milden Fonds und Armenanstalten; die Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim; die Heil- und Pflegeanstalt Jlenau; die polizeiliche Verwahrungsanstalt, und verschiedene und zufällige Ausgaben. 3) Berathung des Berichts des Abg. Paravicini über das Budget des Groß- Handelsministeriums, Tit. V, Wasser- und Straßenbau, für die Jahre 1870 und 1871.

Bermischte Nachrichten.

— Dresden, 15. Dez. In dem an die Stände gelangten königl. Dekret über den Wiederaufbau des Hoftheaters ist als Gesamtaufwand für den Neubau einschließlich aller Nebenkosten für Abtragung der Brandruine, für die nöthigen Schloßbauarbeiten, Pflasterungen und Anlagen um das Theater herum u. d. Betrag von 620,000 Thalern angenommen. Zur Deckung dieser Summe, welche die Regierung in der Art als Maximum aufstellt, daß sie sowohl bei etwaiger Ausschreibung einer Konkurrenz, als bei der sonstigen Aufstellung von Bauplänen als solches unbedingt vorzuschreiben und einzuhalten sein werde, sollen zunächst die Brandversicherungsgelder in Höhe von 120,000 Thln. verwendet werden. Die Zahlung derselben sei von der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft verweigert worden; das Finanzministerium habe jedoch deshalb im Namen des Staatsfiskus Klage erhoben und glaube nach Lage der Sache auf einen günstigen Ausgang des eingeleiteten Rechtsstreites rechnen zu können. Hiernach bleibe noch die Summe von 500,000 Thln. zu decken übrig, deren Bewilligung aus der Staatskasse beantragt wird. Da aber der Neubau zu seiner Vollendung eine Zeit von 3—4 Jahren bedürfen werde, so möge es, nach erfolgter Bewilligung in das außerordentliche Budget für die Jahre 1870—71 nur die runde Summe von 300,000 Thln. einzuhalten, wogegen der dann noch erforderliche Rest in das außerordentliche Budget der Finanzperiode 1872/73 eingestellt werden könne. Der Neubau soll nicht auf der alten Stelle, sondern etwas entfernter von der Bildergalerie angeführt werden. Schließlich führt das Dekret Bürgerchaften auf, daß sowohl der Neubau als auch die künftige Erhaltung und Verwaltung des Theaters entsprechend den Interessen einerseits der Kunst, andererseits des Landes erfolgen werde. Nr. 1 dieser Bürgerchaften lautet: Die Kommission soll den Erbauer des früheren Theaters, S e m p e r, zugleich aber auch, da man sich bei der Wichtigkeit des Unternehmens nicht von Haus aus auf einen einzigen Vorschlag beschränken kann, noch einige andere Architekten von hervorragender Bedeutung den Honorars um Entwerfung eines Projektes ersuchen, und abwägen, ob sich nicht außerdem noch die Ausschreibung einer allgemeinen Konkurrenz empfehle.

— Paris, 18. Dez. Der Advokat Lachaud, der Verteidiger Traupmann's hat die Absicht, diesen für verrückt erklären zu lassen. Er hat deshalb dessen geistigen Zustand von Dr. Amédée Bertrand untersuchen lassen. Traupmann hat wieder seine gute Laune angenommen. Er macht seine Spaziergänge wie früher und reist wieder seine schlechten Witze. Dabei zeichnet er viel, jedoch ohne alles Geschick. Die Zahl der in der Angelegenheit Traupmann geladenen Zeugen beträgt im Ganzen 63. Darunter befindet sich der Gendarm Ferrand, der den Mörder in Havre verhaftete, der Lastträger Hanquel, welcher ihn aus dem Wasser herausholte, der Bauer Langlois, der die Leichen der Mutter und der fünf Kinder entdeckte, der Metzgerliche Jude, welcher Gustav Kint aufwand, und der Kutsher Wardot, der die Mutter mit ihren fünf Kindern nach dem Felde von Pantin gefahren. Zuerst hatte man beschloffen, diese Leute nicht als Zeugen zu zitieren. — Man hat jetzt den Mörder des Dr. K o n s t a n t i n, auf den in einem Eisenbahnwaggon ein Mordanschlag gemacht worden ist, festgenommen. Derselbe wurde gestern bei Mornas (Departement de Saône) verhaftet. Man erkannte ihn an der tiefen Wunde, welche er an der rechten Hand hatte und die von einem Bis herzurühren schien. Er wurde nach Marseille gebracht.

— Paris, 18. Dez. Der Erfolg der Subskription auf das türkische Anlehen ist ein vollstündiger. Man glaubt, daß die Gesamtzeichnungen die Zahl der Obligationen übersteigen. Gestern nach Börsenschluß 305,50.

* Paris, 19. Dez. Auf den Boulevards war Rente heute sehr fest und wurde zu 72.67½ und 72.70 gehandelt. Italienische Rente 56.

Badische Chronik.

* Pforzheim, 19. Dez. Der hier neugegründete naturwissenschaftlich-literarische Verein hat bereits drei Sitzungen mit Vorträgen gehalten. In der ersten Sitzung zeigte und erklärte Hr. Mechanikus D e c h l e sein neu konstruirtes Kontrothermometer. Am gleichen Abend hielt dann noch Hr. Stadtpfarrer J a u b e r seinen ersten Vortrag über den Apostel Paulus, wobei die Aufstellungen der neuen Biographien des Apostels nach einander beleuchtet wurden. Der zweite Vortrag über diesen Gegenstand fand in der zweiten Vereinsversammlung statt. In der dritten, am letzten Freitag stattgehabten Versammlung sprach Hr. Amtsdassensarzt Dr. A n s p e r g e r über Desinfektion und Kanalisation. Nach einer eingehenden Beleuchtung der verschiedenen Systeme der in gesundheitspolizeilicher Beziehung so wichtigen Abortreinigung entschied sich der Vortragende zu Gunsten einer nach dem Auspumpungs- (Kuspül-) System eingerichteten Kanalisation, die wo möglich mit einer zweckmäßigen Vertheilung von Wiesen u. Gärten zu verbinden sei. Bezüglich der sanitätischen Verhältnisse im Allgemeinen mag noch beigelegt werden, daß nach den gemachten Mittheilungen die Sterblichkeitsverhältnisse in unserer Stadt keine besonders günstigen sind, da hier bei gewöhnlichen Umständen im Jahr von tausend Menschen 32 bis 34 starben, während es in unserem Lande durchschnittlich nur 27 auf

das Tausend trifft. Als auffallend günstig werden die Sterblichkeitsverhältnisse mehrerer englischen Städte angeführt. So sterben in London jährlich nur 20—22 pro mille, in einigen andern Städten sogar nur 18/100.

√ Bom Schwarzwald, 18. Dez. Eine Untersuchung wegen Raubmordes ist in Neustadt im Gang. Am Abend des 28. Nov. befanden sich der wehrpflichtige Wilhelm Deuschler aus Burgberg und Guseb Deder von Seebach in einem Bierhause zu Lenzkirch und tranken tüchtig. Beide hatten eine gemeinschaftliche Wohnung in der sog. Schlicht. Sie verließen miteinander spät in der Nacht das Bierhause; Deuschler kam aber allein in seine Wohnung. Einige Tage später fand man den Guseb Deder als Leiche im Bache bei Unterlenzkirch eingefroren mit Verletzungen am Kopfe und beinahe seiner ganzen etwa 25 fl. betragenden Baarschaft entledigt. Wilhelm Deuschler entfernte sich aus der Gegend, wurde aber kürzlich am Bodensee im Amt Radolfzell festgenommen. Die Untersuchung wird ergeben, ob hier ein unglücklicher Sturz in den Bach oder ein Verbrechen vorliegt.

Karlsruhe, 18. Dez. (Schwurgericht.) Am 15., 16. und 17. d. M. fand Verhandlung der Anklage gegen Alois Geisel von Dählingen, königl. württ. Oberamts Böblingen, wegen Diebstahls statt. Der Angeklagte, 40 Jahre alt, verheirathet, Vater von 4 Kindern, hatte 6 Jahre als Graveur in einer Bijouteriefabrik in Amerika zugebracht und war seit 1. Juli 1862 bei dem Bijouteriefabrikanten Friedrich Lohholz in Pforzheim als Kabinettmeister gegen einen Wochenlohn von 35 fl. und Neujahrgelder von 100—150 fl. beschäftigt. Diese Stellung verschaffte ihm die Möglichkeit, Diebstähle in großartigem Maßstabe zu verüben, da ihm die zum Einschmelzen bestimmten Goldmünzen von dem Prinzipal zu diesem Zwecke übergeben wurden und er ungehinderten Zugang zu den vorhandenen Vorräthen an rohem Gold, Edelsteinen und fertigen Waaren hatte. Seit Jahren befaß er seinen Prinzipal, welcher zwar öfter über die schlechten Bilanzen klagte, aber in unbegrenztem Vertrauen auf die Redlichkeit seines Kabinettmeisters dem wahren Grunde des unglücklichen Geschäftsganges lange nicht auf die Spur kam. Geisel ging mit dem Gedanken um, ein eigenes Geschäft zu gründen, und hatte zu diesem Zwecke schon ein Fabriklokal herrichten lassen, als er am 6. Sept. d. J. betreten wurde, wie er gerade 7 Imperiales, die er mit andern einschmelzen sollte, in die Tasche steckte. Eine sofort vorgenommene Haussuchung lieferte den seit Jahren aufgespeicherten Raub in die Hände des Gerichts. Es fanden sich in Geisel's Wohnung Goldwaaren im Werthe von über 6000 fl., Geschäftsmaterialien im Werthe von über 1800 fl., Quantitäten unvorarbeiteten Gold über 1500 fl. werth und Goldmünzen im Betrage von mehr als 4000 fl.; Schmuckgegenstände im Werthe von gegen 300 fl. hatte er an verschiedene Personen beschenkt; die aufgefundenen Gegenstände waren verborgen in einer eisernen Kiste, welcher durch holzfarbenen Anstrich und Aufstellung neben einem Ofen das Ansehen eines Holzkaufens gegeben war. Der Angeklagte behauptete theils, diese Gegenstände, wie namentlich die Materialien, das rohe Gold und die Münzen seien sein Eigenthum, er habe 7000 fl. aus Amerika mitgebracht, theils suchte er glauben zu machen, er habe die Waaren und Anderes, allerdings ohne dem Prinzipal etwas davon zu sagen, nur zu dem Zweck mit nach Hause genommen, um daran zu arbeiten, namentlich Zeichnungen darnach zu entwerfen, weil er krankheits halber in der Fabrik nicht genügend Betrag des verarbeiteten Goldes zur Aufschlüsselung der Anklage ging der denen Gegenstände hinaus, und es wurde in dieser Richtung geltend gemacht, einerseits daß nach einer von Sachverständigen vorgenommenen Berechnung aus den Büchern des Fr. Lohholz diesem außer dem aufgefundenen noch ein weiterer Betrag von unvorarbeitetem Gold im Werth von ca. 15,000 fl. abhandeln gekommen war, andererseits die Vermögensverhältnisse des Angeklagten, insbesondere durch bedeutende Anzahlung auf ein gekauftes Haus und gemachte Darlehen eine günstige Gestaltung angenommen hätten, welche um so weniger durch Ersparnisse erklärt werden könne, als schon der Aufwand für sein und seiner Familie Privatleben seine rechtmäßigen Einkünfte überschritten habe. Die Geschwornenbank vermochte indessen nicht, in dieser Richtung sich eine Ueberzeugung zu bilden, sondern begnügte sich damit, den Angeklagten des fortgesetzten Diebstahls im Betrag von ca. 13,000 fl. für schuldig zu erklären, worauf der Gerichtshof gegen denselben eine Zuchthausstrafe von 4½ Jahren oder 3 Jahren Einzelhaft und lebenslängliche Landesverweisung aussprach. — Hiernit wurden die Sitzungen des 4. Quartals geschlossen.

Frankfurt, 20. Dez. Nachm. Dester. Kreditaktien 243½, Staatsbahn-Aktien 381½, Silberrente 57½, 1860r Loose 79, Amerik. Kant. 91½.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation: Karlsruhe.

18. Dez.	Baromet.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 9,5"	+ 4,5	0,92	S.W.	gg.	windig, kühl, Regen
Morg. 2 "	27° 7,4"	+ 5,4	0,89	"	"	windig, kühl
Nachts 9 "	27° 6,8"	+ 7,2	0,98	"	"	Sturm, Reg., warm
19. Dez.						
Morg. 7 Uhr	27° 6,6"	+ 9,7	0,78	S.W.	gg. bed.	Sturm, warm
Morg. 2 "	27° 5,6"	+ 9,6	0,80	"	"	windig, warm, Regn.
Nachts 9 "	27° 5,7"	+ 9,1	0,84	"	"	windig, warm

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann.

Großherzogliches Hoftheater.
Dienstag 21. Dez. 4. Quartal. 140. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: Die Harsenschule, Schauspiel in 3 Akten, von Brachvogel.

Theater in Baden.
Mittwoch 22. Dez. Uthal, Oper in 1 Akt, nach Ossian. Aus dem Französischen des St. Victor neu bearbeitet und übersetzt von Dito Devrient; Musik von Mehul. Hierauf: Der häusliche Krieg, komische Oper in 1 Akt, von Castelli. Musik von Franz Schubert.

Kauser, denen an einer wirklich billigen und guten Cigarre gelegen ist, wollen das Infernal von Friedrich & Co. in Leipzig im heutigen Blatte beachten.

